

Evangelische Verantwortung



Rechtsextremismus – Anfrage an Politik, Kirche und Gesellschaft

Ministerpräsident des
Landes Sachsen-Anhalt

Prof. Dr. Wolfgang Böhmer MdL Seite 3

Militant, diffamierend,
verfassungsfeindlich –
die NPD im Landtag von
Mecklenburg-Vorpommern

Landtagsvizepräsidentin

Renate Holznagel MdL/
Wolfram Axthelm Seite 10

- 12 *Die NPD – eine nationalsozialistische Partei*
- 13 *Einladung zur 45. EAK-Bundestagung in Berlin*
- 19 *Christen im Irak droht Vernichtung*

Liebe Leserin, lieber Leser,



Die Zukunft unseres freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates muss in jeder Generation neu errungen werden

wem sowohl unser Gemeinwesen als auch die Grundwerte unserer Verfassung am Herzen liegen, weiß, dass die Zukunft unseres freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates in jeder Generation neu aktiv errungen und fest verankert werden muss. Nur in einer lebendigen, mündigen und um Beteiligung bemühten Bürgergesellschaft ist gewährleistet, dass die tragenden Säulen unseres Grundgesetzes auch künftig Bestand haben. Nur mit glaubwürdigem Engagement in und für unsere Gesellschaft kann die für uns so unverzichtbare Kultur der Mitmenschlichkeit

und der Achtung der Würde eines jeden Einzelnen dauerhaft erhalten werden.

Es ist darum eine besondere gesellschaftliche Herausforderung, wenn wir es vermehrt wieder mit eindeutig verfassungsfeindlichen Kräften, wie dem Rechtsextremismus zu tun bekommen. Unverhohlen wirbt die NPD dieser Tage in West- und Ostdeutschland mit dem Slogan: „Mehr Demokratie wagen“ für ihr menschenverachtendes und schändliches Gedankengut. Sie benutzt diesen historisch gewordenen Satz Willy Brandts bewusst dazu, sich über die gegenwärtig erneut entfachte Parteiverbotsdebatte lustig zu machen. Allein zum Zwecke der bloßen Provokation war solchen Kreisen schon immer jedes Mittel recht. Propaganda gegen Menschen anderer Hautfarbe oder Herkunft, gegen Minderheiten und bestimmte religiöse Gruppen steht im klaren Gegensatz zum christlichen Menschenbild.

Es ist unverzichtbar der braunen Propaganda und Hetze mit den Mitteln der Zivilcourage, der festen Wertegebundenheit und der politischen Überzeugungskraft überall dort entgegenzutreten, wo sie sich zeigt. Deshalb ist zu begrüßen, dass die Bundesregierung extremistischen Vereinen und Stiftungen die steuerlichen Privilegien streichen und sie so finanziell austrocknen will. Das Problem des Rechtsextremismus ist nur gesamtgesellschaftlich zu lösen: Wer nur mit dem Zeigefinger auf die Rathäuser und Parlamente zeigt und gleichzeitig den Springerstiefeln im eigenen Hausflur oder in der eigenen Nachbarschaft verschämt ausweicht, hat nicht verstanden, wovon eine Demokratie letztlich lebt. Es gilt den Anfängen zu wehren.

Eine besondere Freude ist es mir, einigen Vertretern des Bundesvorstandes des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU zu ihren neuen Ämtern von ganzem Herzen zu gratulieren und Ihnen alles Gute zu wünschen: Wir freuen uns über die kürzlich errungenen Landtagsmandate von **Tobias Utter** (Hessen) und Pfarrer i.R. **Heiner Sandig** (Sachsen), über die Wiederwahl von **Norbert Kartmann** MdL zum hessischen Landtagspräsidenten und die neue thüringische Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit, **Christine Lieberknecht** MdL.

Gottes Segen

Ihr

Thomas Rachel MdB
Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU

Inhaltsübersicht

- 2 Editorial
- 3 Der Rechtsextremismus als Anfrage an Politik, Kirche und Gesellschaft
- 10 Militant, diffamierend, verfassungsfeindlich – die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern

- 12 Die NPD – eine nationalsozialistische Partei
- 14 Evangelisches Leserforum
- 16 Aus unserer Arbeit



Der Rechtsextremismus als Anfrage an Politik, Kirche und Gesellschaft

| Ministerpräsident Prof. Dr. Wolfgang Böhmer MdL (Sachsen-Anhalt)

Der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt erforscht die vielschichtigen Gründe des erstarkenden Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus in unserem Land, beleuchtet die besonderen Probleme und Schwierigkeiten, mit denen es die Politik hierbei zu tun hat, und plädiert für eine engagierte Bürgergesellschaft, die für ihre freiheitlich-demokratischen Grundsätze einzutreten bereit ist.

Ich gebe zu, dass ich mich zu diesem Thema erst habe verführen lassen müssen. In Sachsen-Anhalt haben wir durchaus einige Probleme damit. Diese sind nicht neu, für uns, in der jetzigen Generation, sind sie allerdings leider wieder neu. Ich will auch zugeben, dass auch ich persönlich manches am Anfang nicht so gedeutet habe, wie ich es jetzt sehen und deuten muss. Die ersten Rüpelien junger Leute mit einem fragwürdig rechtsextremistischen Hintergrund habe

ich eher als unerzogene, strafbewehrte Handlungen Jugendlicher gedeutet. Dann geschah es aber, und das hat sich ja leider auch bundesweit herumgesprochen, dass in einem kleinen, bis dahin völlig unbekanntem Dorf, bei einem Volksfest, das als Sonnenwendfeier angekündigt war, einige nicht aus diesem Dorf stammende, junge Männer mit vorbereiteten, ausformulierten und fast liturgischen Texteinheiten, dem Feuer überantwortet haben, was das Volk angeblich schwäche, ihm schade und was ausgerottet werden müsse. An diesem Punkt war klar, dass da mehr dahinter steckt, als nur Dummheit. Nämlich eine Ideologie, die sich wieder vernehmbar macht und die man ernst nehmen muss.

Wenn wir uns ehrlich mit diesem Problem auseinandersetzen wollen, müssen wir aber auch erkennen, dass sich hier natürlich auch eine Denkweise zeigt, die auch zu den normalen Spannungen einer

jeden modernen, demokratischen Gesellschaft gehört. In Deutschland kann man eine solche Denkweise mehr als Hundert Jahre zurückverfolgen. In einer freiheitlichen und offenen Gesellschaft müssen wir in jedem Fall lernen, mit solchen, inneren Spannungen zu leben und angemessen damit umzugehen.

Eine Gesellschaft, die auf Leistung angewiesen ist, die sich dazu bekennt, eine Leistungsgesellschaft sein zu wollen, eine solche Gesellschaft kann nur funktionieren, wenn Leistung sich lohnt. Das ist ein Satz, über den wir uns wohl nicht streiten. Wir erleben derzeit in Deutschland aber leider auch, dass diese Leistungsgesellschaft unweigerlich (und gewissermaßen aus sich selbst heraus) zu einer zunehmenden Asymmetrie der Vermögensverhältnisse führt. Wir erleben, dass es zunehmend Reichere und Ärmere gibt und dass wir hier politisch

gegensteuern müssen. Über die Art und Weise des notwendigen Gegensteuerns, unterhalten wir uns notwendigerweise kontrovers und darüber werden sich auch spätere Generationen kontrovers unterhalten müssen, denn hier muss schließlich immer wieder eine neue Balance gefunden werden. Wenn ich von einem notwendigen Gegensteuern rede, meine ich übrigens genau das, was Ludwig Erhard einmal als die „Sozialpflichtigkeit einer Marktgesellschaft oder Marktwirtschaft“ bezeichnet hat.

Ein Schlagwort heutiger Diskussionen heißt oft „Gerechtigkeit“ und wenn man es ganz schlimm treiben will, dann spricht man nur noch ausschließlich von „Sozialer Gerechtigkeit“. Niemand kann aber „Gerechtigkeit“ in einer Gesellschaft wirklich genau definieren, wir alle können es bestenfalls irgendwie

umschreiben. Beim *In Deutschland kann man eine solche* Stichwort „Soziale *Denkweise mehr als Hundert Jahre* Gerechtigkeit“ meinen wir zwar alle etwas *zurückverfolgen.*

Gutes, aber das genaue Beschreiben dessen ist eben weitaus schwieriger. Sicher gilt auch hier: Je mehr man manche Dinge verallgemeinert und in die Gefühlsebene hinein hebt, umso mehr kann man damit Verwirrung stiften. Ich habe kürzlich ein Wahlplakat gesehen, auf dem geschrieben stand: „Gerechtigkeit kommt wieder“. Da habe ich mir gedacht, was soll denn das? Das ist doch die Verundeutlichung, die hier als Methode auftritt. Noch einmal: Niemand hat etwas gegen Gerechtigkeit, aber was damit letztlich gemeint ist, was das nun konkret sein soll, das geht daraus nicht hervor. Deshalb kann und muss man sich über solche Begriffe auch immer wieder aufs Neue streiten.

Das ist eine der permanenten Spannungen in einer Leistungsgesellschaft. Es gibt aber auch andere Probleme und in einer offenen Gesellschaft werden wir uns immer wieder darüber kontrovers unterhalten müssen, wie viel der Staat sich um uns kümmern muss und wie viel Eigenverantwortung wir für uns selbst anmahnen müssen. Das ist ein genauso großes Spannungsfeld. Das Prinzip der „Subsidiarität“ stammt bekanntermaßen aus der katholischen Soziallehre und ist auch in die Politik übernommen worden. Aber in welchem konkreten Ausmaß wir nun staatliche Fürsorge organisieren müssen und wie viel Freiraum wir tatsächlich für den Einzelnen reklamieren müssen, darüber haben sich frühere Generationen schon erheblich gestritten und das bleibt auch uns nicht erspart.

Das sind Diskussionen, die natürlich nicht nur in die Politik, sondern auch

in die Gesellschaft und in die Kirchen hineinspielen. Das Verhältnis von Eigenverantwortung und Verantwortung gegenüber der Obrigkeit in der Kirche ist mindestens so interessant, wie im Gemeinwesen bzw. im Staat: Darüber könnte man viel erzählen, bis zu Luthers Zeiten und noch weiter in die Geschichte zurück.

Wir müssen nun in jedem Fall lernen, verantwortungsbewusst mit solchen Problemen in der Gesellschaft umzugehen und sie nicht einseitig zu instrumentalisieren. Das ist sicherlich nicht einfach. Wir sind uns einig, dass Freiheit Grenzen braucht. Auch hier kann man so allgemeine Sätze sagen, wie: „Die Freiheit des Einzelnen hört auf, wo sie die Freiheit des Nächsten oder des Anderen oder des Mitmenschen einschränkt“. Doch auch solche Sätze sind so allgemein, dass ihnen jedermann zunächst zustimmen kann. Aber

in konkreten Fragen lösen sie kein einziges Problem. Die Grundspannungen in einer modernen Gesellschaft, beispielsweise diejenigen zwischen Leistungs- und Verteilungsgerechtigkeit oder zwischen Eigenverantwortung und Fürsorgestaat werden immer erhalten bleiben.

*

Ich selbst habe ein Sozialsystem erlebt, das sich ausschließlich auf die Fürsorge des Staates konzentriert hat und dieser Fürsorgestaat führte ganz schnell zu einem vormundschaftlichen Staat. Wer mich von einem fürsorglichen Sozialstaat überzeugen will, der muss sagen, wie er uns gleichzeitig vor der Bevormundung durch diesen Staat bewahren will, damit die Freiheit des Einzelnen erhalten bleibt. Vor diesem Hintergrund gibt es beispielsweise auch die Spannungen zwischen der Subsidiarität auf der einen und dem notwendigen Grad an Zentralismus auf der anderen Seite. Wir diskutieren derzeit gerade in der Wirtschaftspolitik darüber, wie viel Föderalismus wir uns zumuten wollen, wie viel Eigenständigkeit der Länder und wie viel Unitarismus notwendig ist, und das heißt, wie viel Zentralsteuerung wir uns zumuten wollen. Auch diese Diskussion ist bereits sehr alt.

Aber eines haben wir doch gelernt aus unserer Geschichte: Alle Diktaturen haben zunächst erst einmal den Föderalismus abgeschafft und danach den Unitarismus und Zentralismus eingeführt. Die ersten wichtigen Gesetze der Nationalsozialisten waren die sogenannten „Reichsvereinheitlichungsgesetze“. Sie hatten das Ziel, die einzelnen Landesregierungen



zu entmündigen und abzuschaffen und einen zentralistischen Staat zu organisieren. Auch die zweite Diktatur, die wir in Deutschland hatten, die DDR, hat als allererstes die Macht der Länder aufgelöst und Verwaltungsstrukturen eingeführt, die zentralistisch gesteuert werden konnten. Das zeigt, dass Föderalismus für uns immer auch Ausdruck der individuellen und regionalen Freiheiten bedeutet. Und



wir alle einer Meinung sind. Wir werden immer damit leben müssen, dass wir unterschiedliche Begabungen, Talente, Fähigkeiten, Leistungsfähigkeiten und auch unterschiedliche Meinungen haben. Aber natürlich muss man dann auch darüber nachdenken, wie viel Durchsetzungsvermögen wir beispielsweise der einen Gruppierung einräumen, und wie viel Meinungsfreiheit wir gegenüber einer anderen unter uns dulden dürfen.

In Bezug auf unser Thema reden wir nun nicht von Extremismus, sondern von Radikalismus. Die ersten Verfassungsberichte in der Bundesrepublik kannten den Begriff „Rechtsextremismus“ noch nicht. Sie sprachen in Bezug auf jene Gruppierungen, die mit radikaleren Methoden ihre Absichten durchsetzen wollten, von „Rechtsradikalismus“. Solche Gruppierungen gab und gibt es seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Schon im ersten Bundestag waren rechtsradikale Abgeordnete der unterschiedlichen Parteien da. Das ist nichts neues und nicht erst eine Entwicklung der letzten Jahre oder Jahrzehnte. In der Weimarer Zeit hatte es solches schon gegeben, im Nationalsozialismus hatten sie die Mehrheit und als sie die Mehrheit hatten, haben sie dann Demokratie, Rechtsstaat und Parlamentarismus abgeschafft. Hitler hat etwa um 1940 herum gesagt, dass es der NSDAP gelungen sei, die Demokratie mit den Mitteln der Demokratie zu überwinden. Das war eine typische Aussage für dieses radikale Denken. Und ein späterer Diktator, der 1945 nach Berlin kam und im Osten Deutschlands die Staatsmacht organisieren sollte, sagte, es müsste zwar alles schön demokratisch aussehen, aber „wir müssen alles fest in der Hand haben“.

Eine der Grundfragen bei unserem Thema lautet also: Wie viel lassen wir untereinander zu, um die eigene Meinung durchzusetzen. Wie viel Konsens müssen wir uns gegenseitig einräumen, um auch in einer Demokratie arbeitsfähige Regierungen zustande zu bekommen und wie viel methodischer Radikalismus darf möglich sein. Aber wenn der Radikalismus so weit geht, dass er das Grundgesetz, das heißt die Meinungsfreiheit selbst in Frage stellt, dann erst beginnt das, was man ‚Extremismus‘ nennt. Die Abgrenzung zwischen sogenannten radikal-politischen Parteien und extremistischen Parteien im Sinne der exakt politwissenschaftlichen Definition ist bei uns die Aufgabe der praktischen Arbeit der Verfassungsschützer. Und die Grenze verläuft nun genau dort, wo jemand sagt: „Wir wollen einen

die Sorge vor einem allzu großen Zentralismus als methodischer Grundlage beginnender Diktaturen begleitet uns ebenfalls als ein historisches Dauerphänomen.

Eine weitere Frage stellt sich, wenn wir darüber nachdenken, wie viel Konsens wir uns alle gegenseitig schuldig sind. Es wird natürlich niemals eine offene freiheitliche Gesellschaft geben, in der

Spendenstand

Seit dem 1. Januar 2008 haben insgesamt 98 Spender 5.073,00 Euro für die Evangelische Verantwortung gespendet. Wir möchten uns herzlich bei Ihnen für diese Unterstützung bedanken.

Unterstützen Sie die Arbeit des EAK der CDU/CSU:
Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00,
Konto-Nr. 266 098 300

Informieren Sie sich über die Arbeit des EAK: www.eak-cdcsu.de

grundsätzlich anderen Staat, wir wollen ein anderes Grundgesetz, wir wollen eine andere Staatstheorie und Staatspraxis, wir stehen nicht auf dem Boden des Grundgesetzes.“ Die NPD behauptet dies von sich, und in sofern ist sie zu recht eine extremistische Partei und wird auch als solche beobachtet.

Die moderne Entwicklung in den letzten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts hat die Welt grundsätzlich verändert. Es hört sich vielleicht etwas pathetisch an, aber es ist sehr nüchtern gemeint: Die Welt wird nie wieder so sein, wie sie durch die Entwicklungen in den letzten Jahrzehnten geworden ist. Dazu gehören zwei ganz grundlegende Sachen, nämlich die nahezu fantastische Entwicklung der Kommunikationstechnologien und die Entwicklung der Verkehrstechnik.

Dazu gehört beispielsweise der moderne Flugverkehr und das Fernsehen. Dass man heute, abends am Fernseher die vor Erschrecken aufgerissenen Kinderaugen sehen kann und die vielen Toten nach einer Tsunami-Katastrophe im Indischen Ozean, dass wir nahezu Zeitzeugen im warmen Wohnzimmer zu Hause geworden sind, das hat die Welt in einer Weise verändert, die für alle Zeiten nicht mehr zu

solchen Lebensumständen führen wird, wie wir sie Jahrhunderte vorher hatten. Dazu gehört das Zusammenwachsen der gesamten Welt, das manche „Globalisierung“ nennen, und das ja keineswegs einfach nur eine dumme Erfindung von Politikern ist, die sich das etwa ausgedacht hätten. „Globalisierung“ ist die normale technologisch begründete Entwicklung im 21. Jahrhundert und darauf muss

reagiert werden. Für ein Zusammenleben unter solchen Bedingungen müssen wir neue Regeln, und zwar weltweit, finden und da werden wir immer einen Streit haben zwischen Globalisierung und dem Leben in einer weltweit offenen Gesellschaft und dem Protektionismus und den nationalen Abgrenzungen.

Eine besondere Eigenart von uns Deutschen, aber nicht nur von uns, ist es, dass wir uns „einigeln“, wenn es anfängt, uns schlecht zu gehen und dass wir zuerst nur an uns selbst denken wollen. Aber die Globalisierung werden wir nicht mehr loswerden, zu sehr hängen wir mit den Entwicklungen der Gesellschaften weltweit zusammen. In dieser Diskussion müssen wir deshalb vor allem Orientierungspunkte finden und das ist das, was ich als Anfrage empfinde, eine Anfrage gleichermaßen an Staat und Politik, Gesellschaft und Kirche.

*

Wie gehen wir nun mit diesen Entwicklungen um? Wie weit folgen wir denen, die sich nationalistisch einigeln wollen, bis zum Fremdenhass und darüber hinaus? Oder wie weit folgen wir denen, die, etwa unter dem Schlagwort der Verteilungsgerechtigkeit, die Freiheit des Einzelnen einengen wollen, um ihn staatlich noch stärker zu reglementieren. Das sind gesellschaftliche Grundfragen, die in unterschiedlicher Form immer wieder auftauchen werden, auch in zukünftigen Generationen. Hierauf müssen wir Antworten finden, für uns und auch insbesondere für junge Leute, die heutzutage Antworten suchen.

Wir müssen Auskunft darüber geben, woher wir die bewahrenswerten Grundsätze unserer Lebensweise erhalten wollen. Das ist übrigens mein Verständnis von „konservativ“: die bewahrenswerten Grundsätze des Zusammenlebens zu erhalten und gleichzeitig auf die modernen Entwicklungen zu reagieren. Eine konservative Partei darf darum auch niemals bewusst altmodisch sein wollen, es sei denn es geht um die tragenden Werte in der Gesellschaft. Sie muss mit anderen Worten, um die aktuellen Fragen der Zeit beantworten und Lösungen für die Zukunft finden zu können, mit den modernen Entwicklungen mitgehen und dabei die ethischen Grundsätze des menschlichen Zusammenlebens bewahren.

Solches aber mit radikalen, die Anderen unterdrückenden Methoden zu tun, ist der Beginn von ‚Radikalismus‘. Solches

zu tun unter Ausschaltung der legitimierenden Mehrheitsentscheidungen, ist ‚Extremismus‘. Das alles haben wir in Deutschland schon gehabt und das alles ist ein Thema, das uns immer wieder dann unter den Nägeln brennen wird, wenn es wichtig ist, neue Antworten auf neue Herausforderungen und Fragen zu finden.

Zunächst zur Politik. Dort, wo aus Gründen der politischen Zielsetzung die freiheitlich-demokratischen Grundsätze unseres Zusammenlebens in Frage gestellt oder abgeschafft werden sollen, dort müssen wir deutliche Grenzen aufzeigen, denn dort verlieren wir, was in unserer Gesellschaft von uns als lebenswert empfunden wird und uns letztlich zusammenhält. Die Einschränkung der Freiheit des Einzelnen ist zwar in Einzelfällen notwendig, muss aber durch das Allgemeinwohl begründet sein. Allerdings nur durch das Allgemeinwohl, nicht durch das zum Allgemeinwohl mutierte Einzelinteresse einer bestimmten politischen Gruppe. Und der Verzicht auf Subsidiarität und föderale Strukturen, das heißt die Neigung zur zentralistischen Staatssteuerung, war bisher und wird auch zukünftig der Beginn des Abbaus der Demokratie sein. Auch an dieser Stelle müssen wir deutliche Zeichen setzen und uns dagegen wehren.

Wir bezeichnen und benennen als Nationalismus, wenn jemand keine anderen ethischen Grundlagen mehr heranziehen kann und nur noch behauptet, es diene dem „Volkwohl“ und der „Volksundheit“. Spätestens dann müssen wir stutzig werden. Wenn eine politische Gruppierung für sich das Recht in Anspruch nimmt, in Alleinvertretung für das Volk zu sprechen, dann sind die ersten demokratischen Schranken schon niedergerissen worden. Das sind Dinge, die die NPD zum Beispiel, ganz offiziell in ihren Verlautbarungen für sich in Anspruch nimmt. Ich bekenne mich zu der Meinung, dass das, was die NPD öffentlich von Seiten ihrer Spitzenvertreter sagt, mit Artikel 18 unseres Grundgesetzes nicht vereinbar ist. Eigentlich müsste es ausreichen, eine solche Partei, die das Grundgesetz abschaffen will, unter Hinweis auf Artikel 18 des Grundgesetzes, auch zu verbieten. Da sagen mir viele, aber viele haben sich mit diesem Versuch auch schon blamiert, deshalb zögert man hier aus bekanntem Grunde.

Wenn man eine Partei verbieten will und das nicht schafft, hat man sie nahezu aufgewertet und in einen Märtyrerstatus



hineingebracht. Aber wenn man dann das Grundgesetz anschaut, wo es in Artikel 18 heißt: „Wer dieses Grundgesetz und seine unveränderlichen Werte abschaffen will, steht nicht mehr auf dem Boden des Grundgesetzes und kann nicht von diesem geschützt werden“, dann müsste uns dieser Satz eigentlich dazu ermuntern, ein klares Zeichen zu setzen, dass wir nicht bereit sind alles hinzunehmen. Wir wissen, dass wir unterschiedlicher Meinung sind, wir wollen eine offene und freiheitliche Gesellschaft, aber wir müssen die Grenzen dort ziehen, wo politische Intentionen in einem fanatischem Selbstverständnis diese Grundlagen unseres Zusammenlebens in Frage stellen und verändern wollen. Dies trifft übrigens nicht nur allgemein auf die Gesellschaft zu oder die Politiker, sondern dies betrifft auch unsere Kirchen.

Zumindest den Älteren unter uns wird diesbezüglich ja auch noch so manches bekannt vorkommen. Als ich in Magdeburg die ersten jungen Leute mit Anoraks



dastehen sah, wo hinten draufstand „Odin statt Jesus“, da habe ich zuerst gedacht: „Was sind das denn für Spinner!“. Dann habe ich aber angefangen, mich mal danach zu erkundigen und zu fragen, was das denn solle? Ich habe dann erfahren, dass es in dieser Szene CDs mit Liedern und Texten und Refrains wie diesen gibt: „Wir brauchen keine falschen Prophezen, wir brauchen keinen Jesus und kein Kreuz zum Beten, Odin statt Jesus ...“. – Das alles zeigt, dass hier auch die Kirche in einer neuen Weise gefragt und herausgefordert ist.

Als ich mich neulich ein bisschen im Internet schlau zu machen versucht („gegoogelt“) habe, bin ich auf einen Artikel von einem sogenannten „nationalen Christen“ gestoßen. Und der schreibt nun wiederum ganz eindeutig: „Odin statt Jesus ist falsch, es muss richtig heißen ‚Odin und Jesus‘“ und man müsse sich daran an die Überlieferungen aus dem Alten Testament erinnern, wie Gott immer „den Starken geholfen hat, sich

mit dem Schwert gegen die Schwachen durchzusetzen“. Das heißt schlicht, dass es als gottgewollt hingestellt wird, wenn der Stärkere den Schwachen besiegt. Der Schwache ist schwach, weil der liebe Gott das so will und den Starken hat Gott stark gemacht. Deswegen darf er sich nach dem „natürlichen Lebensrecht“ durchsetzen. Es handelt sich hierbei ganz offensichtlich um die absurd anmutende Vermischung von heidnischer Mythologie und christlicher Überlieferung.

Jetzt könnte man sagen: „Alles nur Spinner“, aber wir wissen auch, dass es das leider alles schon einmal gegeben hat. Damals nannten sie sich „Deutsche Christen“ und hatten einen eigenen Reichsbischof namens Müller, der genau diese Denkweise vertreten hat. Ich weiß, wovon ich hier rede, denn ich habe fast 14 Jahre in einem evangelischen Krankenhaus gearbeitet und mich intensiv mit der Geschichte dieses Krankenhauses befasst. Ich habe dabei Akten gefunden, von denen man mir sagte, ich sollte sie aus Barmherzigkeit heraus einfach vergessen. Und da stand drin, dass es zur Erhaltung der Volksgesundheit notwendig

Alle Briefe aus den „Erbgesundheitsgerichten“ hatten schon auf dem äußeren Briefumschlag einen Stempel: „Der Einzelne ist nichts, dein Volk ist alles.“

wäre, dass wir das Kranke, das Schädliche, das der Volksgesundheit Abträgliche ausröten. Die „Erbgesundheitsgerichte“ des Nationalsozialismus haben Menschen zwangssterilisiert, denn das „Schwache“ in der Gesellschaft sollte sich nicht fortpflanzen. Alle Briefe aus diesen „Erbgesundheitsgerichten“ hatten schon auf dem äußeren Briefumschlag einen Stempel: „Der Einzelne ist nichts, dein Volk ist alles“. Das waren die ethischen Schlussfolgerungen von politischen Grundsätzen, die aus einem solchen Religions- und Geschichtsverständnis der „Deutschen Christen“ abgeleitet worden waren. In dem Krankenhaus, in dem ich gearbeitet habe, gab es in den 30er Jahren einen richtigen, Konflikt darüber. Da gab es zum einen Teil eine Schwesternschaft, die zu der Bekennenden Kirche gehörte und die nicht bereit war, solche Zwangssterilisationen mitzumachen. Diese Schwesternschaft ist verdrängt worden, und sie ist ersetzt worden durch eine andere Schwesternschaft, deren Oberin Mitglied der NSDAP war und die sich zu den „Deutschen Christen“ bekannt hat. Diese Schwestern haben all das mitgemacht, weil sie der Meinung waren „Odin und Jesus“ gehörten zusammen, weil sie davon überzeugt waren, dass es von Gott gegeben ist, dass das Schwache ausgerottet werden müsste, damit das starke und das gesunde „Volksempfinden“ sich durchsetzen könnte.

Das alles sind, wie schon gesagt, keineswegs nur „Spinnereien“ von Leuten, die ein bisschen abwegig gedacht haben. Nein, das alles hat es alles schon einmal in Deutschland gegeben. Deswegen ist der Rechtsextremismus auch eine Anfrage an die Kirche und an unser Religionsverständnis. Und hier sollten wir es uns nicht zu leicht machen: Diese Leute haben Argumente, die zwar nicht überzeugend sind, aber bei manchen zu Zustimmungen verführen können.

Ich habe mich früher auch mal mit solchen Problemen befasst, als ich noch ein bisschen mehr Zeit dafür hatte. Die großen Seuchen des Mittelalters, galten damals noch als Schicksalsfügung Gottes und wurden als gerechte Strafe für unsere Missetaten interpretiert. Es gab schon in früheren Jahrhunderten Streit darüber, ob wir diese gottgewollte Strafe nicht demütig annehmen sollten, oder ob wir uns dagegen wehren dürften. Martin Luther hat so im Jahre 1527 eine kleine

Schrift geschrieben, „ob man vor dem Sterben fliehen möge“. Darin ist bereits schon die Frage durchbuchstabiert worden, ob wir denn berechtigt

sind, solch gottgewollten Strafen aus dem Weg zu gehen oder uns dagegen wehren sollten. Was Luther dort geschrieben hat, hat für die Etik der Heilberufe eine lange nachhaltige Wirkung gehabt: Schließlich wurde erkannt und deutlich, dass auch und gerade die Gaben und Mittel, mit denen wir uns gegen Krankheiten wehren, gottgewollt sein können.

Was die NPD als anti-aufklärerische Ideologie durch das Zurückgreifen auf bestimmte Sätze sogenannter christlich-abendländischer Traditionen uns hier vorzudenken versucht, sind Anfechtungen, denen wir uns stellen müssen, weil sonst zum Beispiel die Vermischung eines heidnisch-germanischen Brauchtums mit christlichen Inhalten leicht als eine Interpretation des Christentums selbst darstellen lässt, zumindest gegenüber völlig Unkundigen und Naiven, die sich davon beeindrucken lassen könnten. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Auseinandersetzungen und die Diskussionen um solche Phänomene nicht nur eine bloße Zeiterscheinung darstellen, sondern dass dies auch Gedankengänge sind, die es – in gewandelter Form – schon mehrfach in der Geschichte gegeben hat, und die darum auch in Zukunft immer wieder auftreten können.

Wir sollten auch diese irrigen und für uns zunächst absurd erscheinenden

Interpretationen sehr ernst nehmen. Die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (EKM), hat jüngst eine Schrift veröffentlicht unter dem Titel: „Nächstenliebe verlangt Klarheit“, in der sie sich sehr deutlich zu einigen wichtigen Punkten geäußert hat. Ich bin ausgesprochen dankbar für diese orientierenden Klarstellungen. Die Anfälligkeit der Bevölkerung für radikale Denkweisen hängt nachweisbar auch davon ab, wie sich die sozialen Probleme in einem Land entwickeln. Dies ist überhaupt nicht zu leugnen. Dies trifft übrigens genauso auf den westlichen Teil Deutschlands zu wie auf den östlichen.

*

Die trügerische Annahme etwa, dass nur die „Ossis“ die „Deppen“ wären, die auf solche Sachen rein fliegen, kann man getrost vergessen. Die NPD hatte in ähnlichen Erscheinungsformen, ob nun als republikanische Partei oder unter ihren verschiedenen „Firmenbezeichnungen“ in mindestens 11 Landtagen schon einmal Einzug gehalten und die 5 %-Grenze übersprungen. Auch beispielsweise ein Bundesland wie Niedersachsen hat solche Zeiten hinter sich. Es gibt hochinteressante, demoskopische Zeitreihenuntersuchungen, auch über die Demokratie-Akzeptanz in den deutschen Bundesländern. Ich könnte Ihnen das Material hier vortragen, aber Zahlen machen einen unendlich müde. In jedem Fall gibt es belegbare, statistische Erhebungen darüber, dass die Demokratie-Akzeptanz in den westlichen Bundesländern auch erst richtig erkennbar wurde, als es den Menschen wieder besser ging.

Die Befragungen aus den 50er und ganz frühen 60er Jahren beweisen einen erheblichen Zweifel an dem Staatssystem Demokratie, ein geringes Vertrauen in die staatstragenden Parteien und eine große Skepsis gegenüber Bundestag und Parlamenten. Studiert man einmal die Befragungen in den 50er Jahren in der Bundesrepublik Deutschland im Hinblick auf die Einschätzungen und Erinnerungen an das nationalsozialistische System, gibt es Antworten, wie diese: „Da war ja auch nicht alles schlecht und da hatten wir wenigstens alle Arbeit und wenn der Hitler das mit den Juden nicht gemacht hätte, dann wäre es doch gar nicht so schlimm gewesen“. All dies ist durch demoskopische Befragungsergebnisse belegt worden.

In den neuen Bundesländern durchlaufen wir derzeit eine vergleichbare Entwicklung. Die hohe Arbeitslosigkeit, die sozialen Probleme, führen fast zu den

gleichen Antworten und Befragungsergebnissen, nämlich eine geringe Demokratie-Akzeptanz und einen großen Zweifel an der Fähigkeit, ob Parlamente als „Schwatzbuden“ überhaupt in der Lage sind die Probleme zu lösen und ob denn nicht mal „jemand wieder mit starker Hand regiert und sich drum kümmert, dass es uns allen gut geht“. Das ist der Nährboden für solche Parteien und Denkweisen, die das Subsidiaritätsprinzip ablehnen, die Zentralismus organisieren, die eine Weltoffenheit ablehnen und sagen „unser eigenes Volk steht uns näher, als der Rest der Welt, wir müssen uns um uns selber kümmern“. Bis in manche Diskussionen der Gegenwart hinein können sie solche Sätze hören.

Selbstverständlich darf niemand unser Gastrecht missbrauchen, das ist völlig unstrittig. Wir müssen ordentlich durchgreifen, wo kriminelle Handlungen passieren. Aber dieses Festmachen an Nationalitäten führt schlechterdings in die Irre. Wir haben genügend eigene und hausgemachte Fälle, wo so etwas passiert. Auch das muss man klar und deutlich sagen. Natürlich sind Entscheidungen notwendig im Hinblick auf all die besorgniserregenden Fälle, beispielsweise von Jugendkriminalität, die derzeit in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Es würde aber aus meiner Sicht völlig genügen, wenn wir mal dazu kämen, dass alle Gesetzes- und Bestrafungsvorschriften, die es bereits gibt, ordentlich, zügig und angemessen angewendet wurden und nicht erst, wie leider häufig zu beobachten, mit einer Zeitversetzung von zwei Jahren. All diese Maßnahmen kann ich unterstützen, aber ich distanzieren mich davon, dass dabei irgendein „völkischer Zungenschlag“ hineinkommt. Das ist etwas, wovon wir uns hüten müssen, denn da würde der Nährboden für Leute bereit werden, die mit solchen Gedanken eigentlich etwas völlig anderes transportieren wollen. Wir sollten hier gemeinsam ein bisschen mehr

Die Anfälligkeit der Bevölkerung für radikale Denkweisen hängt nachweisbar auch davon ab, wie sich die sozialen Probleme in einem Land entwickeln.

Fingerspitzengefühl haben, und das brauchen wir auch, wenn Politik verstanden werden soll.

In den neuen Bundesländern haben wir es heute mit Problemen zu tun, die mit den Verhältnissen der frühen 60er Jahre in der Bundesrepublik, was den Sozialstatus, die Vermögensverteilung u. ä. betrifft, durchaus vergleichbar sind. Deswegen werde ich jetzt nicht um eine Entschuldigung dafür, aber ich sage, wir sollten uns auch nicht gegenseitig unfair behandeln. Das sind entwicklungsbedingte Sachen, die mit der Entwicklung der



Demokratie-Akzeptanz zusammen hängen und die wir nur erreichen werden, wenn es uns gelingt, auch die wirtschaftlichen Grundlagen weiter zu stabilisieren, Arbeitsplätze möglichst für alle zu schaffen und es allen zu ermöglichen, auch an der eigenen Selbstgestaltung ihres Lebens teilnehmen zu können. Das haben wir noch nicht geschafft, deswegen ist die Bevölkerung zurzeit in den neuen Bundesländern besonders unsicher oder verunsichert und solchen Einflüsterungen und solchem Gedankengut gegenüber noch nicht immun genug.

*

Wie gehen wir nun mit all dem um? – Ich habe auch bei uns im sächsisch-anhaltinischen Landtag deutlich gesagt: „Was wir nicht verbieten können, damit müssen wir lernen zusammen zu leben und es inhaltlich zu widerlegen.“ Das ist es, was mir vorschwebt, eine Art Immunisierung der Menschen gegen solch verführerisches Gedankengut. Und das ist natürlich keineswegs so einfach. Das ist

nichts, was man in einem Jahr schafft und schon gar nicht, was man allein schafft. Man muss hier die breite Öffentlichkeit auf diesem Weg mitnehmen und selbstverständlich auch die Kirchen. Deswegen bin ich gerade unserer Kirchenleitung dankbar, dass sie sich in dieser Frage so klar geäußert hat.

Mir ist deutlich geworden, dass wir beim Thema „Rechtsextremismus“ nicht von momentanen Modeerscheinungen reden, sondern von sehr grundsätzlichen Problemen in einer differenzierten und offenen Gesellschaft. Was wir heute so bezeichnen, hat es aber nicht nur im westlichen Teil Deutschlands gegeben, sondern auch genauso in der ehemaligen DDR. Wir haben damals fast nichts davon gehört, weil das unter allgemeiner Kriminalität abgehakt wurde. Erst jetzt, wo die Unterlagen öffentlich werden, gibt es auch über die Entwicklung des „Rechtsextremismus“ in der ehemaligen DDR ausreichende wissenschaftliche Erarbeitungen.

Wir müssen dabei sogar mit einem gewissen Erstaunen zur Kenntnis nehmen, dass es weitaus mehr Fälle gegeben hat, als wirklich bekannt wurde, weil eben vieles gar nicht in der Zeitung gedruckt werden durfte. Dieses Gedankengut ist auch im Osten Deutschlands nicht neu. Damals hörte man schon gelegentlich von manchen Skinhead-Bewegungen. Erst jetzt wissen wir aber, dass diese sich mit altgermanischen Runen untereinander unterhielten – ein typisches Merkmal für Rechtsextremismus.

Wir hatten im letzten Jahr in Sachsen-Anhalt einen sogenannten „Sachsen-Anhalt-Monitor“ in Auftrag gegeben und demoskopische Erhebungen veranlasst. Die Ergebnisse waren für mich schon einigermaßen erschreckend: Ein großer Teil der Bürgerinnen und Bürger, über 75 %, hat angegeben, dass Demokratie zwar theoretisch sicherlich die beste Staatsform ist, dass aber viele damit faktisch unzufrieden sind. Es ist des Weiteren nach Zustimmung zum rechtsextremistischen Gedankengut gefragt worden. Das lehnen auch mehr als 3/4 der Befragten ab. Aber man kann dann weiter nachfragen: „Nehmen denn ausländische Mitbürger uns die Arbeitsplätze weg?“ und erhält von denen, die dies bejahen, die weitere Antwort: „Solange wir keine Arbeit haben sollen die raus“. Und dies, obwohl wir in Sachsen-Anhalt weniger als 3 % ausländische Mitbürger haben.

Das sind Phänomene, die tiefer wurzeln und nicht nur zeitgeistbedingt sind, und über die wir uns unterhalten müssen. Hier könnte langfristig eine Schiefelage entstehen, auf der es dann auch zu politischen Entwicklungen kommt, die nirgends deutlicher sind, als in der Deutschen Geschichte selbst. Der von mir hochgeschätzte Thomas Mann hat im Oktober 1930 einen öffentlichen

Vortrag gehalten unter dem Titel: „Rede an die Deutschen“, wo er sich gegen dieses „Kraftmeierische“ und „Krachgetümmel“ auf den Straßen ausgesprochen hat. Wo er sich darüber erschrocken gezeigt hat, dass sich eine Kulturnation, die einen Goethe, Schiller und Lessing und wen auch immer hervorgebracht hat, plötzlich von dumpfen Schlägertruppen auf den Straßen beeindrucken lässt. Danach hat Thomas Mann Deutschland den Rücken gekehrt, lange vor der Macht ergreifung, weil er merkte, welche Entwicklung im öffentlichen Zeitgeist sich in Deutschland entwickelt hatte.

In der neuen Biographie über Hindenburg von Wolfram Pyta habe ich mir die Jahre 1930 bis etwa 1934 etwas genauer durchgelesen. Da habe ich Sätze gelesen, die mich erschrocken gemacht haben: Auch Hindenburg als damaliger Reichspräsident sagte „Endlich wieder einmal eine Kraft, die das deutsche Volk eint, die nicht mehr von unterschiedlichen Ständen, Klassen und Gruppierungen spricht, sondern die den Aufschwung unseres deut-

schen Volkes insgesamt will und endlich einmal jemand, der wieder Mehrheiten schafft und diese dauernde Wählererei dem Volk nicht mehr zumutet. Und endlich einmal eine politische Kraft, die es schaffen wird, mit einem Ermächtungsgesetz diese Schwatzbuden von Parlamenten auszuschalten“. Das war damals immerhin das Denken des Reichspräsidenten. Und viele in Deutschland haben so gedacht. Die Nationalsozialisten haben mit solchen Parolen am 5. März 1933 eine Wahlmehrheit gewonnen. Kurze Zeit später haben sie dann diese Mehrheit zusammen mit einigen anderen Gruppierungen dazu genutzt, das „Ermächtigungsgesetz“ zu erlassen. Damals haben viele diesen Leuten zugejubelt. Die ganzen Filmaufnahmen, die man dann noch sehen kann, diese Begeisterung im deutschen Volk, die waren ja echt, das war ja alles keine Filmkulisse. Das zeigt, dass wir als Menschen auch verführbar sind. Wir müssen uns diesen Sachverhalt immer wieder deutlich machen: Je schlechter es uns geht, desto verführbarer sind wir.

Wenn die Bürger aufhören, mitzumachen, bricht das System in sich zusammen.

Deswegen gehört zur Demokratie-Akzeptanz eine Gesellschaft, die es als Leistungsgesellschaft jedem einzelnen ermöglicht, sein eigenes Leben zu gestalten. Und hier schließt sich dann wieder der gedankliche Kreis: Die freiheitlich organisierte Leistungsgesellschaft, die wir wollen, ist leider auch mit Nebenwirkungen

verbunden. Eine solche Nebenwirkung, über die wir reden müssen, ist sicherlich, dass gewisse Randgruppen in bestimmten Situationen immer wieder versuchen werden, dies für sich auszunutzen und Stimmung zu machen. Wir sollten uns eingestehen, dass auch rechtsextremistisches Gedankengut immer wieder aufs Neue möglich ist, in dieser oder jener oder in anderer Form.

Natürlich gibt es dagegen kein einfaches Patentrezept. Schon der kluge Montesquieu hat 1748 in seinem Buch „Über den Geist der Gesetze“ die einzelnen Staatsformen beschrieben. Seinerzeit hielt er die aufgeklärte Monarchie für die stabilste. Damals traf das wohl zu. Aber Montesquieu beschreibt auch die Demokratie als eine republikanische Staatsform, und schon er sagt ganz deutlich, dass ein solches System nur dann funktionieren kann, solange die einzelnen Bürger mitmachen und dieses System tragen. Wenn die Bürger aufhören, mitzumachen, weil sie enttäuscht sind, oder es nicht mehr mittragen, dann bricht das System in sich zusammen.

Hier ist übrigens auch unser Schul- und Bildungssystem gefordert. Zur fundierten Geschichtsbildung, die wir jedem in unserer Gesellschaft schuldig sind, gehören eben nicht nur, wie noch zu meinen Schulzeiten, Sätze wie „333 bei Issus Keilerei“ und die Geschichte der ganzen Kriege und Schlachten, sondern auch ganz wesentlich die Entwicklung der Zivilisationsgeschichte, die Entwicklung der Probleme des menschlichen Zusammenlebens und die Demokratiegeschichte. Unsere Demokratie ist ja auch

nicht irgendwann aus dem Nichts entstanden, sondern hat sich über lange Zeiträume hinweg entwickelt. Wir müssen uns über all diese Sachverhalte wieder neu Rechenschaft ablegen und uns auch in unserer Gesellschaft darüber viel öfter unterhalten, wenn dies jedenfalls eine Gesellschaft sein soll, in der wir zusammen bleiben und die ihre freiheitlich demokratischen Grundlagen auch in Zukunft bewahren will. Das denke ich sollte uns als Ergebnis der eigenen Geschichte in Deutschland deutlich werden. Darüber zu reden, tut Not.

Die Rede wurde am 12. Januar 2008 in Hermannsburg (Niedersachsen) gehalten.



Militant, diffamierend, verfassungsfeindlich –

die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern

| Landtagsvizepräsidentin Renate Holznagel MdL / Wolfram Axthelm

Seit Herbst 2006 gehören dem Landtag von Mecklenburg-Vorpommern sechs Abgeordnete der NPD an. Mit diesen gewählten Abgeordneten wird im Parlament und seinen Gremien ein korrekter Umgang geführt, auch wenn dies angesichts deren politischer Gesinnung nicht leicht fällt. Vom ersten Tag an fielen die Abgeordneten durch verfassungsfeindliche Agitation, Militanz, Diffamierung des demokratischen Rechtsstaats und Propagierung einer völkischen Ideologie auf. Sie polemisieren rassistisch, antisemitisch, fremdenfeindlich. Offen und rücksichtslos arbeiten sie gegen die

freiheitlich-demokratische Grundordnung unseres Gemeinwesens.

Sprache transportiert extremistisches Gedankengut

Gerade die Sprache ist verräterisch. Hier transportiert die NPD ihre Ideologie. Schon Victor Klemperer hat darauf hingewiesen, dass die Sprache der Nationalsozialisten durch ständige Wiederholung deren nationalsozialistische Vorstellungen und Begriffe erst zur Wirkung brachte. Immer wieder versuchen die Abgeordneten, die Sprache der Nazis in den Landtag einfließen zu lassen.

Wenn der NPD-Fraktionsvorsitzende etwa ruft „Jedem das Seine!“ und so die Torinschrift des KZs Buchenwald zitiert, dann knüpft er hier ganz gezielt und provokativ an die Massenvernichtung im NS-Staat an, ohne sich von dieser zu distanzieren. Dies zeigt sich, wenn gefordert wird „Unser erstes Augenmerk hat dem Gesunden und Starken zu gelten. Dieses ist zuallererst zu fördern und zu unterstützen.“ Oder wenn es polemisierend heißt: „Die NPD-Fraktion ist nicht bereit, sich am einseitigen Schuld kult zu beteiligen. ... Erst wenn auch diese deutschen Opfer würdig mit einbezogen werden, wird sich

die NPD-Fraktion an solchen Opfergedenken beteiligen.“ Fast schon folgerichtig blieben die Rechtsextremisten anlässlich der Gedenkstunde für die Opfer der NS-Diktatur am 30. Januar 2008 auf ihren Plätzen sitzen.

Über eine maßlos übersteigerte Sprache wird extremistisches Gedankengut propagiert. Da wird eine „die deutschen Staatsbürger bevorzugende Sozialpolitik“ gefordert, über „Importe von ausländischen Unterschichten, die unsere Sozialkassen plündern und unsere Kinder in den Schulen drangsalieren“ gefaselt, von „Kollektiv-Schuld-Geschwätz“ und „Schuld-Kult-Orgien“ gesprochen. Angesichts dieser Ausfälle muss die Demokratie wehrhaft sein und sich der Auseinandersetzung stellen. Die NPD hat die Grenze dessen, was zumutbar ist, längst überschritten.

Unter anderem vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen im Parlament streben wir in Mecklenburg-Vorpommern ein neues NPD-Verbotsverfahren an. Ein solches Verbotverfahren kann zu einer für Jeden klar zu erkennenden Trennlinie führen, weil der NPD damit der Mantel der Legalität entrisen würde. In diesem Sinne kann ein Verbot dieser Partei zu einem wichtigen Element im Kampf für Demokratie und Toleranz werden.

Gesetzliche Möglichkeiten ausschöpfen

In dem Wissen, dass extreme politische Positionen Mecklenburg-Vorpommern noch nie geholfen, jedoch tausendfaches persönliches Leid herauf beschworen haben, stellen sich die demokratischen Parteien, Institutionen und Berufsverbände in Mecklenburg-Vorpommern der Auseinandersetzung. So hat der Innenminister in einem Erlass klargestellt, dass wichtige Ämter und Funktionen wie Bürgermeister, Amts- und Verbandsvorsteher, aber auch Orts- und Amtswehrführer nicht in die Hände von Extremisten gegeben werden. Die Initiative „Wehrhafte Demokratie“ wurde von den kommunalen Landesverbänden, dem Landesfeuerwehrverband und dem Landessportbund unterstützt. In einem Runderlass wurde klargestellt, dass Kandidaten, um zur Wahl für solche Positionen zugelassen zu werden, schriftlich erklären müssen, dass sie für die Grundsätze der freiheitlich-demokratischen Grundordnung aktiv eintreten und keiner Partei mit einer der Verfassungsordnung widersprechenden Zielsetzung angehören. Wer hier lügt, macht sich strafbar.

Im Dezember 2007 hat der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern die Landesverfassung um einen Artikel 18a erweitert. In diesem wird klargestellt, dass „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker oder der Bürger Mecklenburg-Vorpommerns zu stören und insbesondere darauf gerichtet sind, rassistisches oder anderes extremistisches Gedankengut zu verbreiten, sind verfassungswidrig.“ Der Landtag hat mit dieser Verfassungsänderung die Waffen der Demokratie neu geschliffen. Die Verfassungsänderung muss nun auch praktische Bedeutung entfalten, z. B. wenn in Anträgen der NPD unverhohlen eine völkisch-rassistische Ideologie auftritt.

Die Geschäftsordnung des Landtages, Erlasse der Landesregierung und Gesetze oder Verfassung sind die administrativen Werkzeuge der Demokratie. Sie können nur Wirkung entfalten, wenn die Menschen im Land die im Herbst 1989 erkämpfte Demokratie mittragen und wo notwendig verteidigen.

Werben für Demokratie müssen Alle

Das aktive Werben für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und für eine ernsthafte und zielgerichtete Auseinandersetzung mit extremistischen Tendenzen ist daher die vordringliche Aufgabe aller demokratischen Organisationen. Parteien, Kirchen und Gewerkschaften, Gemeinden und Städte, auch die vielen Vereine und Verbände ziehen hier an einem Strang. Sie erklären die Funktionsweisen der demokratischen Ordnung und vermitteln Wissen. In und mit ihnen lebt die Demokratie.

Es zeigt sich dabei schnell: Demokratie ist nicht einfach. Demokratie lebt vom ständigen Ringen um den besten Weg, von vielen Kompromissen, von ständiger Argumentation und offenem Meinungsstreit. Deshalb geht es manchem nicht gradlinig oder schnell genug. Trotzdem: Die demokratische Grundordnung ist es, die die Menschenrechte sichert, die Würde jedes Einzelnen beachtet und Rechtsstaatlichkeit durchsetzt. Dies Kindern und Jugendlichen zu vermitteln, ist auch Aufgabe der Bildungseinrichtungen.

Um den Rechtsextremisten den Boden für ihren vergifteten Populismus zu entziehen, sind in Mecklenburg-Vorpommern fünf Regionalzentren für demokratische Kultur entstanden. Sie helfen, den Wortführern der Demokratie den

Rücken zu stärken. Ehrenamtliche Bürgermeister, Gemeinde-, Stadt-, Kreis- und Bürgerschaftsabgeordnete, Lehrer, Museumsmitarbeiter, Leiter von Feuerwehren und Sportverbänden oder Bürger, die sich an der Spitze von Vereinen für die Demokratie engagieren, müssen in die Lage versetzt werden, den Extremisten die Stirn zu bieten.

Uns als Mitglieder der CDU und des EAK entbindet dies nicht. Wir sind es, die in unseren Wahlkreisen, in den Orts- und Kreisverbänden die inhaltliche Debatte führen müssen. Gerade wir müssen vor Ort bei den Menschen sein: Wir müssen zuhören, über Probleme sprechen, auch wenn wir nicht sofort Lösungen haben. Wir müssen uns auch unbequemen Diskussionen stellen und lernen, schwierige Zusammenhänge einfach zu erklären. Wir müssen die Wertebasis des Grundgesetzes, die eine christliche ist, verteidigen. Wir als Politiker sind also genauso wie jeder Einzelne gefordert: in der Kneipe, auf dem Dorf- fest oder im Supermarkt. Wir müssen couragiert gegen Intoleranz, Ausgrenzung, Ausländerfeindlichkeit, Extremismus und Antisemitismus eintreten. Wir dürfen nicht wegsehen, sondern müssen eingreifen oder für Hilfe sorgen, wenn Gewalt gegen Menschen verübt wird, egal, ob der Anlass deren Hautfarbe, deren religiöse und politische Überzeugung oder deren Behinderung ist. Ergreifen wir das Wort, wenn Unrecht geschieht und Vorurteile das Bewusstsein der Menschen verdunkeln und ihr Handeln zu bestimmen drohen. Unsere demokratische Gesellschaft verträgt keine Gleichgültigkeit! Wir müssen unsere christlich-demokratischen Werte immer wieder aufs Neue durch das verantwortungsbewusste Handeln eines Jeden von uns stärken und erneuern.

Wir müssen die Wertebasis des Grundgesetzes, die eine christliche ist, verteidigen.

Die NPD hat die Grenze dessen, was zumutbar ist, längst überschritten.



Renate Holznagel
ist Vizepräsidentin des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern und Bundesvorsitzende im EAK der CDU/CSU.



Wolfram Axtbelm
ist Leiter Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation der CDU-Landtagsfraktion.

Die NPD – eine nationalsozialistische Partei

| Alexander Krauß MdL (Sachsen)

Die NPD war 2004 im Sächsischen Landtag mit 9,2 % der Stimmen erstmals seit 40 Jahren wieder in ein Landesparlament eingezogen. Sie hatte damit lediglich ein Mandat weniger als die SPD, die damals auf 9,8 % kam. Vor allem eine Anti-Hartz-IV-Welle hatte die NPD in den Sächsischen Landtag getragen. Die meisten Wähler teilen nicht die nationalsozialistische Ideologie der NPD, aber sie machten aus Frust ihr Kreuz bei den Rechtsextremen.

Bereits nach wenigen Monaten kehrten drei der zwölf Abgeordneten ihrer Partei den Rücken. Ein anderer Abgeordneter gab sein Mandat zurück, weil er beschuldigt wurde, Kinderpornographie auf seinem Computer zu speichern. Anschließend wurde ein NPD-Abgeordneter aus der Fraktion ausgeschlossen. Der offizielle Grund lautete: Er habe Schulden aufgenommen, die er nicht begleiche. Zuvor war der gleiche NPDler aufgefallen, weil er mit einer Waffe im Landtag unterwegs war.

Neben NPD-Funktionären, die aus dem Westen stammen und teilweise über intellektuelles Potential verfügen, finden sich auch einige Abgeordnete, die gerade einmal ihre Rede vom Zettel ablesen können. Bei einem Abgeordneten mussten auch schon die Diäten gepfändet werden, weil er für seinen Schäferhund „Adolf“ die Hundesteuer nicht bezahlt hatte.

Die geschrumpfte NPD-Fraktion fällt somit in den Landtagsausschüssen kaum durch Sacharbeit auf. Lediglich im Plenum werden Reden geschwungen: gegen Hartz IV oder die „Überfremdung“ Deutschlands. Doch nicht nur gegen Ausländer wird gewettert – in Sachsen leben gerade einmal 2 % –, sondern auch gegen jüdische Mitbürger. So forderte die NPD beispielsweise, die Zuschüsse des Freistaates für jüdische Friedhöfe zu streichen. Die meisten der Friedhöfe gehören zu keiner Kultusgemeinde, weil die Nationalsozialisten die meisten Gemeinden vernichtet hatten. An Gedenkveranstaltungen für die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zwischen 1933 und 1945

nimmt die NPD-Fraktion nicht teil. Deutlicher hätte die NPD nicht zeigen können, in welcher Tradition sie steht. Dass Juden während der Zeit des Nationalsozialismus vernichtet wurden, wird von NPD-Vertretern angezweifelt. Da die Parteivertreter jedoch mit einer Strafe rechnen müssen, wenn sie von der so genannten „Ausschwitz-Lüge“ sprechen, meiden sie direkte Aussagen zum Judenmord.

Rassedenken

Aus christlicher Sicht ist das Menschenbild der NPD betrachtenswert. Einen „bedeutenden Anthropologen“ nennt die NPD-Jugendorganisation Hans Friedrich Karl Günther auf ihrer Internetseite. „Rassengünther“ war dessen Spitzname während der NS-Herrschaft. Jener Günther, auf den sich die NPD beruft, sprach sich für „Siebung, Auslese und Ausmerze“ aus – genau das, was die Nationalsozialisten taten. Er lieferte den Nazis eine scheinbar wissenschaftliche Begründung, um Juden, Sinti und Roma erst zu deportieren und dann zu ermorden. Er legte den Grundstein für das Menschenbild der NSDAP. Und jener Günther ist es auch, der das rassistische Menschenbild der NPD begründet.

In seinem Buch „Der nordische Gedanke unter den Deutschen“ (1927) spricht sich Günther für die schnellstmögliche Isolation von „minderwertigen“ Menschen in Arbeitslagern aus. Kinder von Farbigen sollten des Landes verwiesen werden. Menschen mit „minderwertigen Erbanlagen“ sollten zwangssterilisiert oder bei ihnen eine Abtreibung vorgenommen werden. Das alles dient laut Günther dem Ziel, die nordische Rasse zu schützen.

Die NPD holt das Rassedenken der Nazis aus der Mottenkiste der Geschichte. Mit der aus NPD-Sicht drohenden Überfremdung wird die ausländerfeindliche Politik der Partei begründet. NPD-Fraktionschef Holger Apfel warnte davor, „dass die Deutschen eines Tages nur als Eingeborene in Reservaten belächelt werden“. Die NPD liegt also mit „Rassengünther“ auf einer Wellenlänge.

Die NPD lehnt das christliche Menschenbild ab

Dem rassistischen Menschenbild der NPD steht laut deren eigenem Bekunden das christliche Menschenbild entgegen. Es hätte die Völker „fast lebensuntüchtig gemacht“, heißt es im Kleinen Lexikon der NPD-Jugendorganisation. Kritisiert wird zum Beispiel, dass sich das Christentum den schwachen Menschen in besonderer Weise verbunden fühlt. Dass die NPD die Gleichheit aller Menschen von Geburt als „Falschthese“ bezeichnet, spricht Bände.

Ihre dem christlichen Menschenbild des Grundgesetzes entgegenstehenden Grundvorstellungen dokumentiert die NPD im „Taschenkalender des nationalen Widerstandes 2004“. So seien das „christliche, das liberalistische sowie das marxistische Menschenbild“ für die NPD „moralische Utopien“, denen sie ihr „wissenschaftliches Menschenbild“ gegenüberstellt, das „der biologischen Grundlage, der Gemeinschaftsgebundenheit und der Überlieferung der Menschen und ihrer natürlichen Ordnungsform sowie den Völkern“ Rechnung trage. Die Partei distanziert sich auch von der universellen Gültigkeit der Menschenrechte, d. h. der Vorstellung, „dass allen Menschen Würde und gewisse Grundrechte angeboren seien“. Vor diesem Hintergrund lehnt die NPD auch die „Irrlehre von der Gleichheit aller Menschen von Geburt an“ ab.

In der Tat: Das Menschenbild der NPD hat nichts mit dem christlichen gemein. Denn das christliche Menschenbild geht davon aus, dass alle Menschen von Gott geschaffen und geliebt sind. Da bleibt kein Raum für eine besonders herausragende Rasse und einer Einteilung in Menschengruppen, die wertvoll und wertlos sind.



Alexander Krauß

ist Mitglied des sächsischen Landtages und Bundesvorstandsmitglied im EAK der CDU/CSU.



Einladung zur 45. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU am Freitag, 20. Juni 2008, in Berlin

„Globale Verantwortung im Zeichen von Frieden, Recht und Sicherheit“

14.30 – 15.30 Uhr EAK-Bundesvorstandssitzung
(nicht öffentlich)

15.30 Uhr



Eröffnung der 45. Bundestagung
in der CDU-Bundesgeschäftsstelle
(Konrad-Adenauer-Haus) in Berlin

Thomas Rachel MdB, Bundesvorsitzender
des Evangelischen Arbeitskreises der
CDU/CSU und Parlamentarischer Staats-
sekretär im Bundesministerium für Bildung
und Forschung

Grußworte

16.00 – 17.30 Uhr „Aktuelle Herausforderungen nationaler
und internationaler Friedenspolitik“



Rede des Parlamentarischen
Staatssekretärs beim Bundesminister der
Verteidigung, **Christian Schmidt MdB**

17.30 – 18.30 Uhr Rede der Bundeskanzlerin und
Parteivorsitzenden der CDU Deutschlands
Dr. Angela Merkel MdB



18.30 – 19.30 Uhr Abendessen

19.30 – 21.15 Uhr

Theologisches Abendgespräch
„Aus Gottes Frieden leben – Wie können wir
uns für einen gerechten Frieden einsetzen?“



Dr. Friedbert Pflüger MdB
Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Berliner Abgeordnetenhaus



Bischof Peter Krug
Bischof der Ev.-luth. Kirche in Oldenburg
und Militärbischof der Evangelischen Kirche
in Deutschland (EKD)



Günther Nooke
Beauftragter der Bundesregierung für
Menschenrechtspolitik und Humanitäre
Hilfe im Auswärtigen Amt



Rolf Tophoven
Journalist und Leiter des Instituts
für Terrorismusforschung und
Sicherheitspolitik (IFTUS)



Moderation: Dr. Ingo Friedrich MdEP
Quästor im Präsidium des Europäischen
Parlaments, stv. CSU-Parteivorsitzender und
Landesvorsitzender des EAK der CSU

21.15 Uhr

Abendempfang im Konrad-Adenauer-Haus

Ihre Anmeldeunterlagen können Sie unter folgender Kontaktadresse anfordern:
Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU | Bundesgeschäftsstelle | Klingelhöferstraße 8 | 10785 Berlin |
Telefon 030/22070-432 | Telefax 030/22070-436 | E-Mail eak@cdu.de | Internet www.eak-cducusu.de

(Änderungen vorbehalten)



Thomas Bremer:
**Kreuz und Kreml –
Kleine Geschichte der orthodoxen
Kirche in Russland**
Herder Verlag, Freiburg-Basel-Wien 2007
ISBN 978-3-451-29606-2
256 Seiten, 19,90 Euro

Das Buch gibt einen hervorragenden Überblick über Geschichte und Wesen der orthodoxen Kirche in Russland von den Anfängen der Kiewer Rus' bis zur Gegenwart. Im Zentrum der Betrachtung steht immer wieder die Betonung der Tiefe der Spannungen zwischen westlichem und östlichem Christentum. Sehr lesenswert sind die Kapitel über „Kirchenstrukturen“, „Kirche und Staat“, „Theologie und religiöses Denken“ und „Spiritualität und Religiosität“. Die etwas überkorrekten (und letztlich inkonsequent angewandten) Transliterationen aus dem Kyрилischen (Dostoevskij, Gorbacev, El' cin!) wirken für den der russischen Sprache Unkundigen allerdings etwas nervig.

Empfehlung ★★★★★



Bernd-Günter Schwabe:
**Sozialhilfe – Grundriss für
die Aus- und Fortbildung**
Deutscher Gemeindeverlag und
Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 2007
ISBN 978-3-555-01261-2
425 Seiten, 24 Euro

Das im vergangenen Herbst bereits in seiner (aktualisierten) 17. Auflage erschienene und praxisnahe Sozialhilfelehrbuch von Bernd-Günter Schwabe ist innerhalb der umfassenden Literatur zur sozialpädagogischen Ausbildung und zur sozialberuflichen Weiterbildung inzwischen unentbehrlich geworden. In seinen fünfzehn Kapiteln befasst es sich mit allen Aspekten, die für die Sozialhilfe nach deutscher Rechtsprechung von zentraler Bedeutung sind. Die vielen wesentlichen Fragen des umfassend beschriebenen Sozialhilferechts (vgl. insbesondere Kapitel 2 und 3) werden daher ebenso detailliert beantwortet wie diverse Verwaltungsfragen (vgl. insbesondere Kapitel 9 und 10). Dabei wird nicht zuletzt dem zum 1. Januar 2005 in Kraft getretenen „Zwölften Buch“ des Sozialgesetzbuches (SGB XII) auf aktuellem Rechtsstand besonders breiter Raum gegeben.

Es ist der Autor selbst, der ein grundlegend kritisches Wort ausspricht, wenn er in seinem Vorwort schreibt, die nunmehr



Margot Käßmann:
**Mehr als fromme Wünsche –
was mich bewegt**
Herder Verlag, Freiburg-Basel-Wien 2007
ISBN 978-3-451-05852-3
144 Seiten, 8,90 Euro

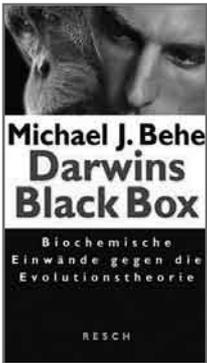
„Glauben und Welt aufeinander zu beziehen“ bzw. „das Weltgeschehen, mit dem wir konfrontiert sind, immer wieder aus unseren Grundüberzeugungen“ heraus zu bedenken, ist der Sinn und Zweck dieses neuen Buches der bekannten, hannoverschen Bischöfin Dr. Margot Käßmann. Die theologisch pointierten Kurztexte, die ursprünglich aus den Samstagskolumnen des Niedersachsenteils „einer deutschen Tageszeitung“ entstammen, sind mitten aus der Fülle des heutigen Lebens gegriffen und betreffen alle nur erdenklichen Themen, die Christinnen und Christen aus wacher Zeitgenossenschaft heraus am Herzen liegen können: Ob es nun um „Werdendes Leben“, „Globalisierung der Frauenrechte“, „Angst vor Terror“, „Patriotismus“, „Vorbilder“ oder „Handygeklingel“ geht, Margot Käßmann regt zum geistlichen Nach- und Tieferdenken an, schreibt mit viel persönlichem Herzblut und mit zum Teil köstlich humorvoll-ironischem Augenzwinkern („Ach wie gut, dass ich keine Politikerin bin...“). Übrigens auch „Mr. Merkel“ erfährt eine Würdigung. – Ein inspirierendes Buch, das im besten Sinne des Wortes als „erbaulich“ zu bezeichnen ist, weil es die segensvollen Weisungen der Schrift in unseren alltäglichen Erfahrungswelten zur Sprache und zum neuen Leuchten bringt.

Empfehlung ★★★★★

aktualisierte Ausgabe seines schon traditionsreichen Buches habe „nicht ganz“ (S. VI) das wissenschaftliche Niveau der letzten Auflage erreicht und erfordere eine „inhaltliche Vertiefung“ (S. VI). Insbesondere in den vielen anschaulichen Fallbeispielen (vgl. Anhang) aus den verschiedenen sozialrechtlichen Verwaltungsverfahren erweist sich jedoch ein besonderer praktischer Nutzen dieses maßgeblichen Lehrbuches als offensichtlich, das für sein spezifisches Lesepublikum auch in der aktuellsten Auflage somit sehr zu empfehlen ist.

(Nicolas Basse, Mitarbeiter im MdB-Büro von Thomas Rachel)

Empfehlung ★★★★★



Michael J. Behe:
Darwins Black Box.
**Biochemische Einwände gegen
die Evolutionstheorie.**
Verlag Dr. Ingo Resch, Gräfelfing 2007
ISBN 978-3-935197-54-0
486 S., 24,90 EUR

Mit diesem Buch aus dem Jahre 1996 wird in deutscher Übersetzung nun eines der Werke einer anti-darwinistischen Ausrichtung vorgelegt, das in den USA bis heute die öffentliche Meinung stark mitbestimmt hat. Der Autor, Michael J. Behe, Professor für Biochemie an der Lehigh-Universität in Pennsylvania, ist ein prominenter Vertreter der sog. „Intelligent Design Bewegung“ (ID- Movement) und sagte im sog. „Dover-Prozess“ (2004-2005) für die verklagte Schulbehörde aus, die ein neues Biologiebuch für den Unterricht an der Dover-Area-Highschool mit dezidiert antidarwinistischem und kreationistischem Schwerpunkt durchsetzen wollte. Im 139-seitigen Urteil dieses sehr langen, medien-öffentlich und wissenschaftlich stark beachteten Prozesses wurde das „Intelligent Design“ (ID) als religiöse Weltanschauung eingestuft und nicht als bessere naturwissenschaftliche Alternativtheorie zur bisher herrschenden Evolutionslehre (wie es in Eigendarstellungen der ID-Bewegung betont wird).

In den ersten Kapiteln wird in klarer, auch für den Laien verständlicher Sprache eine Analyse der historischen und gegenwärtigen Situation der Evolutionstheorie geliefert, wie sie letztlich auf Charles Darwin zurückgeht (Alfred Russel Wallace wird – wie so häufig – unterschlagen). Darwin konnte zu seiner Zeit kein vollständiges kausales Entstehungsszenario darlegen, sondern nur postulieren, dass die Evolution komplexer Strukturen, wegen des nötigen Anpassungswertes bei den sie jeweils tragenden Individuen, schrittweise zu erfolgen habe (sog. Mikroevolution). Dies ist allerdings ein in der Wissenschaftsgeschichte altbekannter Sachverhalt. Behe führt zur Beschreibung dieses Sachverhaltes nun den Begriff der „Black Box“ ein und will damit das Ausmaß des Nichtwissens in Bezug auf die zugrundeliegenden Kausalmechanismen deutlich machen.

Er sucht durch zahlreiche Beispiele zu belegen, dass es gerechtfertigt ist, von „nichtreduzierbarer Komplexität“ (so sein zentraler Ausdruck) zu sprechen. In all diesen Sachverhalten kommt zwar sehr deutlich die außerordentliche Kompliziertheit der biologischen Hintergründe zum Ausdruck, und folglich ist Behes Analyse eines bisherigen Erklärungsdefizites nachvollziehbar, aber gleichzeitig wird hier unter der Hand das Vorhandensein eines geschlossenen, kausalen, evolutionären Szenarios postuliert. Der Hauptaspekt der modernen Evolutionsforschung besteht demgegenüber gegenwärtig gerade darin, heute ablaufende Evolutionsprozesse mit den heutigen Selektionsfaktoren auf organischer Ebene an natürlichen und künstlichen Forschungssystemen zu untersuchen. Behe kann zwar zeigen (S. 259 ff), dass sich derzeit kaum ausreichend Fachveröffentlichungen zur molekularen Evolution finden lassen, nutzt diese Erkenntnis aber sogleich dazu aus, die in Kollegenkreisen weitgehend einmütige „Akzeptanz“ der Evolutionslehre verwunderlich zu

finden. Und obwohl er im Vorwort zur deutschen Ausgabe (S. 7-10) betont, dass hier keine kreationistischen Standpunkte vertreten werden, betont er am Ende des Buches zusammenfassend (S. 276), dass Selektion und Mutation unvollständige Erklärungen für die attestierte „nichtreduzierbare Komplexität“ liefern und demgegenüber „ID“ (293 ff) eine gute Alternative auf wissenschaftlicher Basis sei. Offen gelassen wird dabei bewusst, ob es den „intelligenten Designer“ gibt und wie man sich ihn überhaupt vorzustellen habe.

Für den fachfremden Leser gerät leicht aus dem Blick, dass sowohl die Struktur der Argumentation Behes als auch manche seiner biologischen Beispiele schon lange zum Rüstzeug der anti-evolutionistisch-kreationistischen Sichtweise gehören und dabei gleichzeitig all diejenigen Sachverhalte stillschweigend ausgeblendet werden, die diesem Befund aus biologischer Sicht widersprechen könnten: Hierzu gehören unter anderem die einschlägig bekannten „Konstruktionsfehler“ beim Menschen selbst, die man gegen einen „intelligenten Designer“ ins Feld führen könnte, z.B. der Geburtskanal, der durch einen kaum zu erweiternden Knochenring unseres Körpers führt, die Vereinigung von Samen- und Harnweg, die Kreuzung von Luft- und Speiseweg, Urogenitalumbauten während der Embryonalentwicklung mit der Folge der Gefahr von Bauchhöhlenschwangerschaften oder der lage- und entwicklungsbedingte Abstieg der Hoden in den Hodensack, der – im Vergleich zu anderen Arten – funktionsbiologisch keineswegs notwendig ist.

Leicht vergessen wird leider auch der Anspruch, den die Naturwissenschaften prinzipiell an wissenschaftliche Erklärungen haben, dass nämlich auch das Wissen um Mängel oder Lücken einer bisher bewährten wissenschaftlichen Theorie, insbesondere durch Erkenntnisse in einem neuen Teilgebiet, allein nicht dazu taugt, diese gleich in Gänze zu verwerfen. Letzteres geschieht erst dann, wenn die allgemein erkannten Lücken und Widersprüche nicht durch Forschung oder Theorieergänzung zu schließen sind und/oder eine bessere und wissenschaftlich gesicherte Alternativtheorie mit größerem Erklärungswert vorgeschlagen werden kann. Insofern ist auch dieses mit durchaus vielen und interessanten, biochemischen Sachverhalten konfrontierende Buch ein Beleg dafür, dass „ID“ als Pseudowissenschaft einzuschätzen ist, gerade weil man gerne das Ansehen und den Status der Wissenschaftlichkeit hätte, um die eigenen Ziele politisch durchzusetzen.

Vor dem Hintergrund der Entwicklungen in den USA und den möglicherweise Zeit versetzten Einflüssen auf Entwicklungen bei uns, ist es dringend geraten, sich wesentlich eingehender mit der aktuellen naturwissenschaftlichen Evolutionstheorie und der Argumentationsstruktur und Herkunft ihrer Gegner zu beschäftigen. Das Buch von Behe liefert unfreiwillig und entgegen seiner eigenen Intention hinreichendes Anschauungsmaterial dafür, was geschieht, wenn eine Debatte nicht offen als Weltanschauungs-, sondern als scheinbare interne Wissenschaftsdebatte dargestellt wird.

(Stefan Meißner, Studienrat Berlin)

Empfehlung ★★★★★

EAK-Bundesvorstand zu Gast in der Jugendstrafanstalt Berlin-Plötzensee

Der Bundesvorstand des EAK der CDU/CSU war kürzlich zu Gast in der Berliner **Jugendstrafanstalt Plötzensee** (JSA), um sich vor Ort ein Bild von der Situation des Jugendstrafvollzuges zu machen. Nach der Begrüßung durch den **Berliner Justizstaatssekretär, Hasso Lieber**, wurde auch die Gesamtsituation der Jugendkriminalität in Berlin intensiv erörtert. Lieber räumte ein, dass in den letzten Jahren durchaus eine zunehmende Gewalttendenz zu verzeichnen sei. Im Blick des öffentlichen Interesses seien hier vor allem die sog. „Intensivtäter“, also Gewalttäter, die sich sowohl durch die besondere Härte bzw. Schwere ihrer Taten auszeichnen

(Raub, schwere Körperverletzung, etc.) als auch durch die Häufigkeit ihrer Delikte (Einstufung in diese Kategorie ab 10 Delikten/p. a.). Im Hinblick auf die Statistik relativiere sich jedoch zahlenmäßig der Anteil dieser jugendlichen Intensivtäter an der gesamten Jugendkriminalität. Von den etwa 500 Inhaftierten in der JSA hätten etwa 60 % einen Migrationshintergrund. Einigung herrschte bei allen Anwesenden darüber, dass man zu einer differenzierten Gesamtbetrachtung bei diesem schwierigen und komplexen Thema kommen müsse.

Trotz eines günstigen Personal- bzw. Betreuungsschlüssels („konzentrierte

Sollbetreuung“) zeige sich in der JSA dennoch eine schwierige und sehr ernst zu nehmende Situation, denn auch die Probleme innerhalb der Anstalt würden in der Tat massiver. Konflikte von „außen“ würden auch nach „innen“ getragen. An den Jugendstrafanstalten, die oft als gesellschaftliche „Reparaturbetriebe“ missverstanden werden, zeige sich somit augenfällig, dass komplexe, gesamtgesellschaftliche Problemkonstellationen nicht einfach im Strafvollzug zu lösen sind. Eines der entscheidenden politischen Zukunftsaufgaben sei die Investition in die Prävention. Insbesondere die Förderung von Bildungsperspektiven vom möglichst frühen Alter an und von beruflichen Qualifikationen und -abschlüssen müsse hier als zentral betrachtet werden.

Pressemitteilung vom 14.03.2008

Für einen ordentlichen islamischen Religionsunterricht

Anlässlich der Ergebnisse der dritten Plenarsitzung und der Verabschiedung eines Zwischenberichtes der von Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble geleiteten Deutschen Islamkonferenz (DIK) erklärt der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) und Parlamentarische Staatssekretär, Thomas Rachel MdB:

„Das verstärkte Bemühen der Deutschen Islamkonferenz zur Beförderung eines islamischen Religionsunterrichtes als ordentliches Lehrfach an deutschen Schulen ist ein wichtiger Beitrag zu gelingender Integration und wechselseitiger interreligiöser Verständigung.

Dem notwendigen Bildungsauftrag in Sachen Religion kann man nur dann gerecht werden, wenn auch den muslimischen Schülerinnen und Schülern ein qualifiziertes und mit den Werten des Grundgesetzes konformes Lehrangebot gemacht wird. Ein zu etablierender islamischer Religionsunterricht muss in deutscher Sprache stattfinden, mit einem transparenten Lehrplan versehen sein und von in Deutschland ausgebildeten Lehrern erteilt werden. Islamunterricht würde dann wie sein christliches Pendant sowohl zur authentischen Einweisung wie auch zur kritischen Auseinandersetzung mit der eigenen, gelebten Religion anleiten und zur gemeinsamen religiösen Identitätsbildung im Zeichen von Aufklärung und Mündigkeit beitragen können.

Der Auftrag liegt nun zuallererst bei den muslimischen Gemeinschaften und Verbänden in Deutschland, die in einem guten Geist der Gemeinsamkeit die hinreichenden Bedingungen und Voraussetzungen für die Einrichtung eines solchen Faches schaffen müssen.“

Der Direktor der JSA Plötzensee, Marius Fiedler, unterstrich den Gedanken der Prävention und berichtete, dass ca. 60 % der jugendlichen Häftlinge in Berlin Gewaltdelikte begangen haben (Mord, Totschlag, Gewalt mit Todesfolge, Raub, Sexualdelikte). Bei der Rückverfolgung der Täterbiographien ergebe sich, dass sich im Nachhinein auch bei den vermeintlichen „Ersttättern“ von Schwerstdelikten bei genauer Nachforschung in der Regel diverse, frühe „Verhaltensauffälligkeiten“ und soziale Labilität zeigten. Typische Fälle seien des Weiteren leider immer wieder auch solche, bei denen vorher „schon alles versucht wurde“. Bei den restlichen 40 % handele es sich vorwiegend um Eigentumsdelikte (in der Regel „sozial lästig, aber nicht gefährlich“), bei denen irgendwann, im Laufe einer kriminellen Karriere aufgrund der Häufigkeit ein Strafantritt notwendig würde. Der wachsende und nicht weg zu diskutierende Migrationshintergrund vieler jugendlicher Straftäter müsse in Zukunft auch stärker beim Strafvollzug Berücksichtigung finden, da die anderen religiös-kulturellen Hintergründe neue Anforderungen stellten.

In dem sich anschließenden, intensiven Gedankenaustausch wurde noch einmal die Wichtigkeit der möglichst frühzeitigen Intervention unterstrichen. Man müsse vielleicht auch viel öfter den Mut haben, konsequent in die Familien

der Täter hineinzugehen, notfalls bis zum Entzug des Sorgerechtes. Die Kosten im Jugendhilfebereich erwiesen sich als weit aus höher als die Kosten im Jugendgefängnis, am Ende zahle die Gesellschaft aber für alle früheren Versäumnisse bzw. Inkonsequenzen immer drauf. Strategien, wie beispielsweise die drastische Herabsetzung der Strafmündigkeit oder die Einrichtung von „Bootcamps“ nach amerikanischem Vorbild, seien weder aus sozialpsychologischen Erwägungen heraus

sinnvoll, noch böten sie nachweislich eine Lösung zur Bewältigung der Gesamtkriminalitätsproblematik. Eine stärkere Verknüpfung und Zusammenarbeit von institutionellen Hilfeangeboten und Behörden (Justiz, Polizei, Jugendgerichtshilfe, Jugendhilfe, Sozialämter, etc.) könnte sich dagegen als zukunftsweisend und effektiv erweisen. Da es sich bei den Strafdelikten oft um „Kinder“ in „Körpern von Erwachsenen“ handele, sei vom Grundsatz „in dubio pro iuventute“ nicht

abzuweichen. Die Probleme lägen hier weniger in den Gesetzestexten als in der Praxis: Zunehmend vernetzte Strukturen könnten verhindern (was leider faktisch immer wieder „contra legem“ geschieht), dass beispielsweise ein Jugendrichter bei der Rechtsprechung ohne Bericht der Jugendgerichtshilfe ein Urteil fällen muss. Grundsätzlich seien die ersten 6 Wochen nach der Haftentlassung eine sensible Phase, was eine große Herausforderung für die Bewährungshilfe darstelle. Die hohe Rückfallquote sei natürlich immer auch als ein Spiegel der schlechten sozialen Prognose und der Perspektivlosigkeit auf dem Arbeitsmarkt anzusehen.



Der EAK-Bundesvorstand zusammen mit Hasso Lieber (9. v. rechts), Marius Fiedler (8. v. rechts), Pfr. Hartmut Klöß (8. v. links), Pressesprecherin Janina Deininger (6. v. rechts) und Pfr. i. R. Paul-Gerhard Fränkle (ganz rechts)

Abschließend unterstrich der **Anstaltsseelsorger, Pfr. Hartmut Klöß**, die Bedeutung des Beichtgeheimnisses, das gerade in der Gefängnisseelsorge seine segensvolle Wirkung entfalte. **Staatssekretär Lieber** schärfte die Bedeutsamkeit der Schöffengerichtsbesetzung ein. Der Bundesvorsitzende bedankte sich bei allen Anwesenden und der Bundesvorstand tagte daraufhin noch intern weiter.

Liebe Leserin, lieber Leser, liebe Freunde beim EAK,

nach fünfjähriger Tätigkeit als Referentin beim EAK habe ich nun eine neue berufliche Aufgabe: Seit kurzem bin ich als Persönliche Referentin der Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands tätig.

Die Zeit beim EAK hinterlässt einen reichen Schatz an interessanten Begegnungen und Erfahrungen: So wurde ich beispielsweise gleich zu Beginn meiner Tätigkeit mit der Tatsache konfrontiert, dass beim EAK keine Mühen gescheut werden, auch schwerwiegende Dinge zu „stemmen“: Zum Empfang des EAK anlässlich des 1. Ökumenischen Kirchentages 2003 wurde eine Truhengorgel für das musikalische Rahmenprogramm aus einer Kirchengemeinde durch die Berliner Sommerhitze in das Konrad-Adenauer-Haus transportiert. Die Anstrengung hatte sich gelohnt: Es wurde ein großartiger Empfang, der bis in die späten Abendstunden andauerte.

Aber auch thematisch ging es gewichtig zu: Embryonenschutz, Stammzellforschung, Patientenverfügung, Integration, Ökumene – das waren nur einige der Themen, die mich in den fünf Jahren beim EAK begleiteten. Diese Vielseitigkeit und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten,



v. l. Christian Meißner, Melanie Liebscher, Thomas Rachel, Simone Scholz

an der Schnittstelle von Politik und Kirche wirken zu können, habe ich an der Arbeit beim EAK immer sehr geschätzt.

Begleitet haben mich in dieser Zeit auch viele liebe Menschen, die ich im Rahmen meiner Arbeit kennen gelernt habe und zu denen sich im Laufe der Zeit zum Teil sogar Freundschaften entwickelt haben. Mein besonderer Dank gilt an dieser Stelle dem Team des EAK: dem Bundesvorsitzenden Thomas Rachel, dem Bundesgeschäftsführer Christian Meißner, Simone Scholz und den Mitgliedern des EAK-Bundesvorstandes für die sehr gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Ihnen und dem EAK wünsche ich für die weitere Arbeit alles Gute und Gottes Segen!

Ihre
Melanie Liebscher

EAK-Kreisverband Bonn zu Besuch beim Gustav-Adolf-Werk

Der EAK-Kreisverband Bonn hatte zu einem Informationsbesuch des Gustav-Adolf-Werkes im Rheinland in Bonn eingeladen, das 2001 seinen Sitz von Neuss nach Bonn verlegt hat.

Das 1832 gegründete Gustav-Adolf-Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland hat seinen Hauptsitz in Leipzig. Als ältestes in Deutschland tätige evangelische Diasporawerk unterstützt es über 40 evangelische Minderheitskirchen in Europa, Osteuropa und Lateinamerika sowie Asien beim Ausbau ihrer Gemeinden und Projekte.

Namensträger dieses Werkes ist der Schwedenkönig Gustav II. Adolf (1594-1632), der durch sein Eingreifen in den

Dreißigjährigen Krieg (1618-48) die protestantischen Verbündeten vor einer Niederlage bewahrte. Er selbst wurde in der Schlacht bei Lützen 1632 tödlich verwundet. Sein Wahlspruch „Ich will Anwalt der Schwachen sein“ wurde zur Grundidee dieses Hilfswerkes.

Das Gustav-Adolf-Werk hilft u.a. bei der Aus- und Weiterbildung von kirchlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, bei der Renovierung und dem Kauf von Kirchen und Gemeindehäusern, ebenso bei der Finanzierung von Fahrzeugen für den Gemeindedienst. Die Förderung erfolgt nach Projektlisten, die das Gustav-Adolf-Werk von den zu fördernden Gemeinden bekommt. Diese werden jährlich in einem Katalog veröffentlicht. Die

Arbeit erfolgt überwiegend über ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den bundesweit 25 Hauptwerken. Die Finanzierung der Arbeit des Gustav-Adolf-Werkes erfolgt über Spenden: In den Reformationsgottesdiensten wird jedes Jahr für dieses Hilfswerk gesammelt. Seit 1999 fördert das Gustav Adolf Werk auch Projekte in den Ostdeutschen Bundesländern, hier vor allem die Schulen und Kindergärten. Das Gustav-Adolf-Werk arbeitet außerdem eng mit anderen Evangelischen und Ökumenischen Hilfswerken zusammen. Da die Arbeit in der Öffentlichkeit nur wenig bekannt ist, wollte der EAK-Kreisverband Bonn mit seinem Besuch vor Ort das Interesse für die Arbeit dieser bedeutenden Einrichtung wecken.

Erstes Arbeitstreffen des EAK der CDU Nordfriesland

Vor kurzem war es soweit: Dr. Rüdiger Kelm (Friedrichstadt), Ursula Belker (Husum) und Ursula Lorenz (Leck) vom Vorstand des im Herbst 2007 neu gegründeten Evangelischen Arbeitskreises in der CDU Nordfriesland hatten zum ersten Arbeitstreffen geladen. Unter der Moderation von Dr. Kay-Ulrich Bronk, dem Leiter des Christian-Jensen-Kollegs des Nordelbischen Missionszentrums in Breklum, und der bewährten Betreuung seines Hauses fand in Breklum ein eintägiger Workshop statt.

Hoch motiviert formulierten die Teilnehmer aus den unterschiedlichsten beruflichen Bereichen zunächst ihre Erwartungen an den Arbeitskreis: Man möchte weitgehend unabhängig von Parteipolitik mit kompetenten Gesprächspartnern grundlegende Gesellschaftsprobleme erörtern und die Entscheidungsträger über die Ergebnisse und Erwartungen aus



Der Vorstand des Anfang Oktober 2007 neu gegründeten EAK im CDU Kreisverband Nordfriesland (von links): Ursula Belker, Dr. Rüdiger Kelm und Ursula Lorenz.

dem EAK informieren. Nach dem Motto „Zuhören – Nachdenken und Diskutieren – Handeln“ sollte am Ende eine Empfehlung an verantwortliche Politiker stehen. Bei der Gründungsversammlung des EAK wurde diese Unterstützung von den anwesenden Politikern, dem Bundestagsabgeordneten und CDU-Kreisvorsitzenden, Ingbert Liebing MdB, sowie dem Staatssekretär Jost de Jager, dem Vorsitzenden des EAK in Schleswig-Holstein, ausdrücklich eingefordert.

Mit folgenden Themen möchten sich die Teilnehmer des Arbeitstreffens in Zukunft intensiver beschäftigen, sowohl in Kleingruppen als auch in öffentlichen Veranstaltungen:

- Das christliche Menschenbild – Grundlage für eine Wertediskussion,
- Bildungspolitik – Wie kann sie in veränderten gesellschaftlichen Strukturen Chancengleichheit gewährleisten?
- Islam – Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der christlichen Kirche,

• Leben in Armut – zunehmend in unserer unmittelbaren Nachbarschaft. Beim Thema Bildungspolitik beschäftigt sich die Gruppe zunächst mit vorschulischen Einrichtungen, in einem weiteren Schritt dann mit Primar- und Sekundarstufe. Durch Befragung von Fachleuten soll eine Zusammenstellung über die Situation der Kinder in vorschulischen Einrichtungen im Kreis Nordfriesland erarbeitet werden.

Die von den Arbeitsgruppen zusammengestellten Informationen werden den Entscheidungsträgern im Kreis und auch darüber hinaus für ihre wichtigen Beschlüsse zur Verfügung gestellt.

Der EAK Nordfriesland begrüßt es sehr, wenn sich weitere Interessierte von diesen Themen angesprochen fühlen und gerne mitarbeiten wollen.

Bei Interesse bitte an die Kreisgeschäftsstelle der CDU Nordfriesland, Heckenweg 1, 25813 Husum, Tel. 04841-2328, Mail: info@cdu-nf.de wenden.

Impressum

Meinungen und Informationen

aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU

Herausgeber Thomas Rachel, Dr. Ingo Friedrich, Christine Lieberknecht, Dieter Hackler, Hans-Michael Bender, Norbert Kartmann

Redaktion Christian Meißner (V. i. S. d. P.)

Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin,
Tel.: 030/22070-432, Fax: 030/22070-436,

E-Mail: eak@cdu.de, www.eak-cducsu.de

Konto Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00,
Konto-Nr. 266 098 300

Autoren

- Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt Prof. Dr. Wolfgang Böhmer MdL
Staatskanzlei
Hegelstraße 40 – 42
39104 Magdeburg
- Renate Holznagel MdL
Vizepräsidentin des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern
Lennéstraße 1
19053 Schwerin
- Wolfram Axthelm
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
Leiter Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation der CDU-Landtagsfraktion
Lennéstraße 1
19053 Schwerin
- Alexander Krauß MdL
Bürgerbüro
Obere Schlossstraße 11
08340 Schwarzenberg

Druck Druckerei Conrad

Gestaltungskonzeption/Realisation

Agentur kollundkollegen., Berlin

Fotonachweis Titelseite: MP Böhmer MdL;

Fotolia: S. 3 © Thomas Christoph,
S. 4, 5 © MOKreations, S. 6, 7 © Dmitri Miki-tenko, S. 8 © Jaroslaw Brzychcy,
S. 10 © sk_design; S. 18 EAK-Nordfriesland

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder der Herausgeber.

Papier: 100 % chlorfrei

Pressemitteilung vom 18.04.2008

Christen im Irak droht Vernichtung

Vor dem Hintergrund der weiterhin andauernden Verfolgungen und Vertreibungen von Christen im Irak erklärte der Bundesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) auf seiner gestrigen Sitzung:

„Mit großer Bestürzung müssen wir dieser Tage wahrnehmen, dass die jahrelange Verfolgung von Christinnen und Christen im Irak nicht nur ununterbrochen anhält, sondern an Intensität und Grausamkeit immer weiter zunimmt. Eine fast zweitausend Jahre alte christliche Kultur ist in Gefahr vor den Augen der ganzen Welt für immer vernichtet zu werden. Die furchtbaren Ereignisse zeigen, dass hier mittlerweile eine gezielte Ausrottung von Christen droht, die unser sofortiges Handeln und die tatkräftige Solidarität der gesamten, den Menschenrechten verpflichteten Weltgemeinschaft erfordert.“

Nahezu täglich erreichen uns neue, erschreckende Nachrichten von massenhaften Vertreibungen, Ermordungen, Verstümmelungen und Vergewaltigungen von irakischen Christen sowie von systematischen Brandschatzungen und Schändungen von Kirchen von Seiten fanatisierter, irakischer Moslems. Die muslimische Mehrheitsgesellschaft im Irak, bestehend aus Schiiten und Sunniten, wird dringend aufgefordert, den verbleibenden Christen im Lande ihre verfassungsmäßigen Minderheitenrechte zu sichern.

Als Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK) unterstützen wir die Initiative von Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble, in Europa und Deutschland alles nur Erdenkliche zu unternehmen, um den verfolgten Christen aus dem Irak möglichst schnell auch bei uns eine helfende Aufnahme zu gewähren.

Wir erklären uns solidarisch mit unseren verfolgten und in ihrer Existenz bedrohten Schwestern und Brüdern und fordern auch die Vereinten Nationen (UNO) dazu auf, alles zu tun, um diesem massenhaften Verbrechen wider die Menschlichkeit endlich ein Ende zu bereiten.“

*„Die Gnade unseres Herrn Jesus Christus und die Liebe Gottes und die **Gemeinschaft des heiligen Geistes** sei mit euch allen!“ (2.Kor.13,13)*

Was man zuletzt zu sagen pflegt, hat gemeinhin besonderes Gewicht. Wir kennen das schon von unserer ganz alltäglichen Erfahrung her: Wie oft geschieht es, dass wir – gleichsam schon im Fortgehen begriffen – durch ein Wort, eine Geste oder einen Blick des anderen noch einmal innehalten und zum Nachdenken gebracht werden. Insbesondere auch in persönlichen und vertraulichen Begegnungen gewichten wir die Bedeutsamkeit solcher Abschiedsmomente gerade dann recht, wenn im voraufgehenden Gespräch bisher Ungesagtes oder Verdrängtes ganz am Schluss doch noch zur Sprache kommt, sozusagen als Wahrheit „auf der Schwelle“. Am Ende offenbart sich immer wieder etwas Drängendes, Unaufschiebbares und Bedeutsames. So auch beim Apostel Paulus in seinem Brief an die Gemeinde in Korinth: Der Segenswunsch am Schluss ist weit davon entfernt eine bloße Abschiedsfloskel zu sein. Vielmehr drückt sich hier – einmal mehr am Ende – aus, worauf es eigentlich die ganze Zeit ankommt. Nirgendwo sind wir anderen Menschen so nah (oder auch so fern!) als in dem, was wir ihnen zu wünschen und gewissermaßen mit auf den Weg zu geben pflegen. Wer diesen Brief des Apostels Paulus kennt, der weiß, dass sein Verhältnis zur Korinthischen Gemeinde durchaus getrübt war. Hier stand keineswegs alles zum Besten und die Konflikte, insbesondere auch um die Person des Apostels selbst, scheinen zumindest so gravierend gewesen zu sein, dass er alle Hände voll zu tun hatte, sie zu klären. Aber trotz alledem steht beim Apostel am Ende der ernst gemeinte und aufrichtige Segenswunsch. Dieser Segenswunsch, gesprochen in der gemeinsamen Perspektive auf den lebendigen Gott, könnte auch für uns ein Anstoß dazu sein, dass wir endlich lernen, unsere selbstverschuldeten, gegenseitigen Konflikte, Streitereien und Ehrenabschneidereien schon von vornherein zu vermeiden bzw. diese umso energischer miteinander zu überwinden.

Christian Meißner

Bundesgeschäftsführer des EAK der CDU/CSU

